



Erstattungsantrag
gem. § 2 der Verordnung über die Erstattungsleistungen
des Landes infolge der Abschaffung der
Straßenausbaubeiträge
(Straßenausbaubeitrags-Erstattungsverordnung)

Posteingangs-
stempel

Empfänger (zuständige Behörde)

Landesverwaltungsamt
Referat Kommunalrecht,
Kommunale Wirtschaft und Finanzen
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)

hier:

Antrag auf Erstattung von Beiträgen für eine bereits begonnene erforderliche Maßnahme, für die infolge des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein Beitrag oder ein wiederkehrender Beitrag in Bezug auf Verkehrsanlagen nicht mehr erhoben werden darf (§ 18a Abs. 4 Satz 1 KAG-LSA)

A. Angaben zur antragstellenden Gemeinde

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

Gemeinde	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	
Verbandsgemeinde	
Landkreis	
Ansprechpartner/in	
Telefon/Telefax	E-Mail-Adresse
Bankverbindung	
Kontoinhaber/in	
Kreditinstitut	
IBAN (Internat. Bank Account Number, Internat. Bankkontonummer)	
D E	
BIC (Bank-Identifizierungs-Code)	Verwendungszweck

B. Allgemeine Angaben

1. Der nachfolgende Antrag auf Erstattung bezieht sich auf die Straßenausbaumaßnahme

2. Die Gemeinde verfügte am 31. Dezember 2019 über eine Satzung über die Erhebung von
 einmaligen Straßenausbaubeiträgen wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen
Inkrafttreten der für die Maßnahme maßgeblichen Straßenausbaubeitragsatzung

C. Art und Umfang, Höhe der beantragten Erstattung

Die Antragstellerin beantragt gem. § 2 Abs. 1 der Verordnung zur Erstattung der Beiträge von Straßenausbaumaßnahmen infolge des „Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ die Erstattung der Beiträge für eine bereits begonnene erforderliche Maßnahme, für die infolge des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein Beitrag oder ein wiederkehrender Beitrag in Bezug auf Verkehrsanlagen nicht mehr erhoben werden darf (§ 18a Abs. 4 Satz 1 KAG-LSA).

Für das Ausbauvorhaben wurden Vorausleistungen erhoben: ja nein

Wenn für das Ausbauvorhaben Vorausleistungen gem. § 6 Abs. 7 KAG-LSA erhoben worden sind:

Die Vorausleistungen sind gem. § 18 Abs. 3, 4 KAG-LSA durch das Landesverwaltungsamt bereits erstattet worden:

ja, Erstattung in Höhe von: /mit Bescheid vom:

nein

Antragssumme (unter Anrechnung bereits erstatteter Vorausleistungen):

1. Beschreibung der Maßnahme

1.1 Aussagekräftige Bezeichnung der Straßenausbaumaßnahme (z. B. Erneuerung der Fahrbahn und der Straßenbeleuchtung der A. - Straße auf der Teilstrecke zwischen der B. - Straße und dem C. - Weg)

Bezeichnung

1.2 Die Straßenausbaumaßnahme wurde technisch durchgeführt im Zeitraum

von (Datum)

bis (Datum)

2. Vergabeverfahren

Das Vergabeverfahren für die Bauleistungen wurde spätestens am 9. September 2020 eingeleitet:

ja nein

3. Beitragspflicht

Die sachliche Beitragspflicht ist entstanden am:

4. Ermittlung des Erstattungsbetrages

4.1 Ermittlungsgrundsätze

- Das entgangene umlagefähige Beitragsvolumen ist analog der bisherigen Verfahrensweise (d. h. gemäß den Satzungsregelungen in Bezug auf die Ermittlung des beitragsfähigen Aufwands, des jeweiligen Anteils der Gemeinde und der ehemals Beitragspflichtigen hinsichtlich der Verkehrsbedeutung der Verkehrsanlagen und der einzelnen Teilanlagen) herzuleiten.
- Anteile, welche die Gemeinde aufgrund gewährter Vergünstigungen für Eckgrundstücke und/oder übergroßer Grundstücke zu tragen hätte, sind nicht erstattungsfähig und daher bei der rechnerischen Festlegung des Anteils der Gemeinde vollumfänglich zu berücksichtigen.
- Dem Antrag sind die unter 5. aufgeführten Unterlagen beizufügen.
- Für die Straßenausbaumaßnahme gewährte Fördermittel sind entsprechend der Festlegung des Verwendungszweckes zu berücksichtigen (siehe auch 5.10).

4.2 Ergebnisse der Ermittlung des Erstattungsbeitrages:

Straßentyp lt. Satzung (Anlieger-/Hauptverkehrs-/ Haupterschließungsstraße oder Sonstige)	betroffene Teileinrichtung(en)	beitragsfähige Kosten (Euro)	Anteil der Anlieger/innen		Anteil der Gemeinde	
			%	Euro	%	Euro
Summe:						

5. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende entscheidungsrelevante Unterlagen/Nachweise in einem mit Inhaltsverzeichnis versehenen Ordner beizufügen:

- 5.1 Eine Beschreibung der Straßenbaumaßnahme konkret nach den einzelnen Teileinrichtungen der Straße mit einer Fotodokumentation mittels einer Vorher- (sofern vorhanden) und Nachherdarstellung einschließlich der Begründung für die Erforderlichkeit und die Beitragsfähigkeit der Straßenausbaumaßnahme.
- 5.2 Ein Nachweis der Straßenbaulast in Form von z. B. einer Kopie der Widmungsverfügung oder einem Auszug aus dem Straßenbestandsverzeichnis (bei geteilter Straßenbaulast: Vereinbarungen zur Durchführung einer Gemeinschaftsmaßnahme).
- 5.3 Unterlagen über das der Straßenausbaumaßnahme zugrundeliegende konkrete Bauprogramm bzw. eines Beschlusses der Vertretung über die Durchführung der Straßenausbaumaßnahme und ggf. die Abschnittsbildung (§ 6 Abs. 4 KAG-LSA a. F.) oder Aufwandsspaltung (§ 6 Abs. 2 KAG-LSA a. F.).
- 5.4 Die Satzung über die Erhebung von einmaligen oder wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen.
- 5.5 Der Nachweis darüber, dass das Vergabeverfahren für die Bauleistungen spätestens am 9. September 2020 eingeleitet wurde (der Nachweis ist durch die Bekanntmachung gem. § 12 Abs. 1 VOB-A zu führen).
- 5.6 Eine Aufstellung der in die Beitragsermittlung eingegangenen Kosten mit Angabe darüber, im Bereich welcher Verkehrsanlage und für welche Teileinrichtungen die Kosten entstanden sind.
- 5.7 Der Nachweis über den Zeitpunkt des Entstehens der sachlichen Beitragspflicht durch den Eintritt der dafür maßgebenden Voraussetzungen (Beendigung der beitragsfähigen Maßnahme durch Abschluss der technischen Arbeiten, die Abnahme durch die Gemeinde sowie die Vorlage der letzten Unternehmerrechnung).
- 5.8 Ein Verteilungsplan des Abrechnungsgebietes auf der Grundlage eines aktuellen Auszuges aus dem Flurkartenwerk, auf dem die von der Straßenausbaumaßnahme betroffenen Bereiche gekennzeichnet sind (die zu Beiträgen (fiktiv) herangezogenen Grundstücksflächen und die flächenmäßige Ausdehnung der abgerechneten oder abzurechnenden Anlage bzw. des abgerechneten oder abzurechnenden Abschnitts sind in einem Übersichtsplan durch Linien farblich abzugrenzen).

- 5.9 Eine Verteilungsliste, aus welcher die rechnerische Ermittlung und Aufstellung der maßgeblichen Beitragsflächen und der auf die einzelnen Grundstücke entfallenden Beiträge hervorgeht.
- 5.10 Sind für die Straßenausbaumaßnahme Fördermittel gewährt worden, ist - im Einklang mit der Festlegung des Verwendungszwecks der Fördermittel - darzulegen, für welche(n) Zweck(e) die Fördermittel verwendet wurden (z. B. zur Reduzierung der Gesamtkosten oder des von Gemeinde oder den Beitragspflichtigen zu tragenden Kostenanteils).

Fördermittelbescheid:

Anlage(n)-Nr.

Fördersumme (in Euro)

Fördermittelanteil zur Reduzierung der (fiktiven) Anliegeranteile (in Euro)

Die Einholung weiterer Auskünfte/die Abforderung weiterer Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Antrag bleibt dem Landesverwaltungsamt vorbehalten (siehe auch § 3 Satz 2 der Straßenausbaubeitrags-Erstattungsverordnung).

D. Bestätigungen der antragstellenden Gemeinde

- Die Richtigkeit der gemachten Angaben wird hiermit bestätigt.
- Es wird bestätigt, dass die beantragten Erstattungsleistungen keine Beträge enthalten, die auf Grundstücke entfallen, welche zum Zeitpunkt der Beendigung der oben genannten Straßenausbaumaßnahme beziehungsweise bei wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen zum 31. Dezember des betreffenden Jahres gemeindeeigene Grundstücke waren.
- Es wird bestätigt, dass die beantragten Erstattungsleistungen ausschließlich Maßnahmen betreffen, für die Straßenausbaubeiträge erhoben werden durften. Es handelt sich ausdrücklich nicht um Erschließungs- oder Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch. Aufwendungen nach § 8 KAG-LSA (Kosten für Grundstücksanschlüsse) oder § 16 Abs. 1 StrG LSA sind in den beantragten Erstattungsleistungen nicht enthalten.

Ort, Datum	Unterschrift der/des Hauptverwaltungsbeamtin/-en	Dienstsiegel